

GZ BKA-119.070/0002-I/2010

GZ BMF-280806/0006-I/4/2010

**60/32**

## VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft: Verwaltungsreform – Arbeitspaket „Effizienz der Verwaltung“,  
E-Government und Optimierung der Supportprozesse; Bericht

Die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Konsolidierungsmaßnahmen hat sich unter Vorsitz von Bundeskanzler und Vizekanzler am 17. Februar 2009 konstituiert. Es wurden insgesamt 11 Arbeitspakete definiert (Pensionen, Personal, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Effizientes Förderwesen, Bürgerorientierung und Deregulierung, Effizienz der Verwaltung, Aufgabenreform und Strukturbereinigung, Finanzausgleich und Haushaltsrecht, Gesundheit und Pflege, Umwelt, Infrastruktur, öffentliche Unternehmen und Fonds).

Für das Arbeitspaket „Effizienz der Verwaltung“ mit den Teilen Verwaltungskooperation, Verwaltungssteuerung, E-Government, Optimierung der Supportprozesse und Vergabe wurden seitens der Experten von Rechnungshof, WIFO, IHS und KDZ Problemanalysen erstellt und für die Bereiche E-Government und Optimierung der Supportprozesse Lösungsvorschläge unter Beteiligung von Vertretern des BKA, des BMF, der Länder und der kommunalen Verbände ausgearbeitet. Basierend darauf hat die Bundesregierung am 15. September 2009 die Umsetzung von zunächst 32 Projekten beschlossen. Mit der Umsetzung wurde unter Einbindung der jeweils zuständigen Einrichtungen unmittelbar danach begonnen. Um Verzögerungen zu vermeiden, wurde dazu ein Monitoring installiert. Zu den Teilprojekten E-Government und Support wurde von der Bundesregierung ein Bericht beauftragt, der hiermit vorgelegt wird. Es wird dabei darauf hingewiesen, dass die Zahl der Projekte mittlerweile auf insgesamt 45 gestiegen ist.

Weiters wurden in der Arbeitsgruppe zwischenzeitlich auch Lösungsvorschläge zur Verwaltungssteuerung vorgelegt und zum Teilbereich Vergaberecht erstellt.

Aufgrund von Vorschlägen aus der Vorbereitungsgruppe wurden über die vom Ministerrat bereits beauftragten Projekte hinaus **weitere 5 Projekte** definiert:

- Überarbeitung des IT-Sicherheitshandbuch und Verbreitung in der Kommunalverwaltung
- CERT (Computer Emergency Response Team) und govCERT (Computer- und Internetsicherheit)
- Überprüfung der Materiengesetze auf IKT-Tauglichkeit
- Ausweitung von e-Card- und Signaturanwendungen
- **Umsetzung des elektronischen Einkommensnachweises (ELENA)**

Teilprojekt „gemeinsames Infocenter und Allgemeinveranlagung“ im Juni 2010 Die angestrebten Einsparungen durch die Zusammenführung der Finanzämter in Wien werden durch dieses Projekt unterstützt werden.

Angesichts der bisherigen Fortschritte ist es realistisch, das ursprünglich ins Auge gefasste Ziel, mit Abschluss aller Projekte eine nachhaltige Einsparung von 100 Mio € jährlich zu erreichen.

Wir stellen den

Antrag,

Die Bundesregierung möge diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und beschließen:

Zum e-Government-Bereich:

- Mit dem Abschluss der Spezifikationen zum Client-Framework des Bundesclients wird in jedem Bundesministerium die Umsetzung als verpflichtend erklärt und die dafür notwendige Planung aufgesetzt. Dazu wird von jedem Ressort ein verbindlicher Zeitplan bis September 2010 vorgelegt.
- Als gemeinsamer Standort des Backup(Parallel)-Rechenzentrums wird Erdberg festgelegt. Bundesministerien, welche über Zweit-RZ-Standorte verfügen, werden ihre Planungen darauf abstellen und Investitionen im RZ Bereich unter Bedachtnahme auf die Übersiedlung treffen.
- Zur Sicherstellung einer kohärenten und ressortübergreifend abgestimmten Informations- und Kommunikationstechnologie, sind Empfehlungen im IKT-Bund nach dem Mehrheitsprinzip zu beschließen. Die Empfehlungen haben unter Bedachtnahme der Ressourcen der Ressorts (Budget und Personal) einen Zeitplan für die Umsetzung zu enthalten.
- Das BMI schafft die Voraussetzung für eine Umsetzung eines zentralen Personenstandsregisters in Kooperation mit den Ländern und Kommunalverbänden. Ziel ist die Erstellung eines umsetzungsreifen Konzepts bis zum 1. Halbjahr 2011 und eine zügige Umsetzung nach Klärung der Finanzierung.
- Bundesministerien, welche noch nicht im gemeinsamen Behördenverzeichnis aufscheinen, werden die Maßnahmen zur Integration bis Ende 2010 treffen.

Zum shared-service-Bereich:

- Das Projekt zur Vereinheitlichung der Fuhrparkstrategie wird anhand des vorliegenden Berichts im Sinne des zu erreichenden Einsparpotenzials umgesetzt - von der Einrichtung einer zentralen Organisationseinheit wird Abstand genommen.
- Bis 31.5.2010 sollen die Beratungen zur organisatorischen Vereinheitlichung gleichartiger Tätigkeiten bei den Wetterdiensten abgeschlossen sein und bis 31. 7. 2010 soll dem Monitoringteam ein Bericht zu den zu erwartenden Synergieeffekten und Reformmaßnahmen vorliegen.

11. Mai 2010

Der Bundeskanzler:  
Werner Faymann

Der Bundesminister für Finanzen:  
Josef Pröll